

AKTUELL

REDE ZUR LAGE DER EU

Dröge trotz Dickens

Thorsten Fuchshuber

Kanada als „erstes assoziiertes Mitglied der EU“ – bei ihrer Rede zur Lage der Union konnte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zumindest mit diesem Vorhaben überraschen. Nun wird gerätselt, was der Status beinhalten soll.

„Es war die beste Zeit, es war die schlechteste Zeit.“ Mit diesem Bonmot aus Charles Dickens' „A Tale of Two Cities“ begann Ursula von der Leyen ihre an Höhepunkten arme Rede zur „Lage der Union“. Der britische Schriftsteller wollte damit den radikalen Umbruch während der Französischen Revolution charakterisieren. Die EU-Kommissionspräsidentin hingegen machte am Mittwochmorgen im Europaparlament in Straßburg nicht den Eindruck, von irgendeiner Dynamik ergriffen worden zu sein.

Dabei hatte sie sich mit Kanadas Premierminister Mark Carney Verstärkung eingeladen. Sein Land war Gegenstand der größten Überraschung, die von der Leyen zu bieten hatte. Kanada solle „das erste assoziierte Mitglied der EU“ werden, verkündete sie. Was genau das bedeutet, ließ sie offen und sorgte damit unter Abgeordneten und Journalist*innen für Rätselraten. Das „Wall Street Journal“ hatte schon am Samstag vergangener Woche berichtet, die Idee dazu komme von Carney selbst, sogar die Bezeichnung des angestrebten Status. In den EU-Verträgen ist dieser nicht vorgesehen. Die Avance ist nicht zuletzt als Reaktion auf die unberechenbare Zoll- und Militärpolitik von US-Präsident Trump zu verstehen, der sich derzeit im Handelskrieg mit Kanada befindet. Trump reagierte entsprechend aggressiv und drohte, falls es sich bei der Idee um einen „feindlichen Akt“ handle, mit drastischen Zollerhöhungen für die EU und Kanada.

Die zweite größere Ankündigung der Rede kann als Reaktion auf die wankelmütige Haltung des US-Präsidenten zur Zukunft der Nato gewertet werden, nämlich die Entwicklung einer eigenen europäischen Sicherheitsstrategie. Sie soll eine Konsultationsverpflichtung analog zu jener aus Artikel 4 des Nato-Vertrags enthalten (nicht zu verwechseln mit Artikel 5, dem sogenannten Bündnisfall), für hybride Attacken, also „Vorfälle unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Angriffs“. Bündeln will man dies laut von der Leyen in einem „Europäischen Sicherheitsrat“, dem außer den EU-Mitgliedsstaaten auch Kanada, Norwegen, Großbritannien und die Ukraine angehören sollen. Als be-

dingte Konkurrenz zum Nato-Bündnis wird dies über die EU hinaus für Diskussionen sorgen.

Klimapolitik: „Sommer der Wahrheit“

Klimapolitisch habe man in diesem Jahr einen „Sommer der Wahrheit“ erlebt, wo Hitzewellen Waldbrände und Ernteaufschläge verursacht sowie mehr als 35.000 Menschen das Leben gekostet hätten. „Klimaresilienz“ scheint nun das neue Zauberwort zu sein; auch im ökonomischen Sinn: Die EU-Kommission will „Europa zum Spitzenreiter bei Technologien für die Anpassung machen – einem riesigen Zukunftsmarkt“. Von der Leyen, deren Rede sich mehr auf das Management der Klimakrise als auf deren Bekämpfung konzentrierte, beteuerte, die EU halte gleichwohl an ihren Klimazielen fest. Die EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) überzeugte das nicht: „Wer Klimaziele bekräftigt und gleichzeitig die Regeln zu ihrer Umsetzung abbaut, handelt widersprüchlich“, stellte sie nach der Rede in einer Pressemitteilung fest.

Ähnliches gilt für von der Leyens asylpolitische Statements, die noch ganz unter dem Eindruck des massenhaften Grenzüberschritts überwiegend marokkanischer Bürger*innen hin zur spanischen Enklave Ceuta im Juli standen. „Wir halten uns stets an unsere Werte und an die Grundrechte“, so die EU-Kommissionspräsidentin, „doch beim Schutz unserer Grenzen machen wir keine Zugeständnisse.“ Daher will die Kommission, wenige Monate, nachdem der Migrationspakt in Kraft getreten ist, schon wieder nachlegen und einen „neuen europäischen Krisenreaktionsrahmen“ vorschlagen: „Er wird nur ausgelöst, wenn eine Reihe streng definierter Kriterien erfüllt sind. Und in solchen Fällen wird er eine zeitlich begrenzte und streng festgelegte Flexibilität der Standardverfahren ermöglichen.“ Im Klartext: Damit würde wohl das Asylrecht temporär außer Kraft gesetzt, womöglich würden sogar Pushbacks legitimiert. Dies gelte nur in „Notsituationen“, besonders, „wenn Massenbewegungen gesteuert und als Waffe eingesetzt werden“. Dafür, dass dies immer öfters geschieht, sorgen allerdings nicht zuletzt die Migrationsabkommen der EU mit Drittstaaten, deren Regierungen auf diesem Weg sehr schnell die Erpressbarkeit Europas kennenlernen.

Klimakrise betrifft über 18.900 Schüler*innen

(mes) – Zum Schulbeginn hat „Unicef“ neue Maßnahmen gefordert, um Schulräume für die Folgen der Klimakrise zu wappnen. „Klimabedingte Gefahren beeinträchtigen bereits weltweit den Bildungsbetrieb“, so die NGO in einer Pressemitteilung am vergangenen Dienstag. Mindestens 171 Millionen Schüler*innen hätten im Jahr 2025 die Folgen der Klimakrise in den Schulräumen gespürt – somit sei jedes zehnte Kind, das zur Schule geht, von der Klimakrise betroffen. „Stürme betrafen etwa 109 Millionen Schüler, Überschwemmungen mindestens 70 Millionen, und Hitzewellen beeinträchtigten den Schulbetrieb für etwa 50 Millionen Kinder in mindestens 10 Ländern“, gibt Unicef an. Auch in Luxemburg kam es zu Unterrichtsausfall: Über 18.900 Schüler*innen waren 2025 betroffen. Hierzulande sind vor allem Hitzewellen ein Grund für Ausfälle. Die Folgen können dabei auch lange, nachdem die Wetterkatastrophen enden, zu spüren sein, warnt Unicef: „Klimabedingte Gefahren können die Lernfähigkeit von Kindern beeinträchtigen, Risiken für ihr körperliches und seelisches Wohlbefinden erhöhen und das Risiko steigern, den Anschluss zu verlieren oder die Schule abzubrechen. Diese Auswirkungen können noch lange nach dem Ende einer Katastrophe und der Wiedereröffnung der Schulen anhalten.“ Vor allem Schüler*innen in ärmeren Ländern spüren die Folgen der Klimakrise: 2025 machten sie drei Viertel der über 170 Millionen betroffenen Schüler*innen aus. Unicef fordert die Luxemburger Regierung dazu auf, „sicherere und widerstandsfähigere Schulgebäude und Pläne zur Aufrechterhaltung des Unterrichts bei Schulschließungen“ zu schaffen und vermehrt die „Lehrerfortbildung, Katastrophenvorsorge und Klimabildung“ zu fördern.

Un sas entre l'hôpital et le domicile

(ylb) – « En trop bonne santé pour rester à l'hôpital, mais pas encore assez pour rentrer chez soi » : c'est dans cet entre-deux que le ministre de la Famille, Max Hahn, situe le projet pilote « Out of Hospital », présenté mardi avec la ministre de la Santé, Martine Deprez, au sein de la structure d'hébergement pour personnes âgées HPPA d'Eischen. À partir du 1er octobre, les personnes âgées dont l'état de santé est stabilisé après une hospitalisation pourront séjourner temporairement dans une structure d'hébergement, le temps de préparer leur retour à domicile ou de réfléchir à une éventuelle entrée en établissement. D'une durée de huit semaines, le séjour pourra être prolongé jusqu'à douze semaines si nécessaire. Un encadrement 24h/24 doit notamment contribuer à prévenir les réhospitalisations et les chutes après le retour à domicile. « La santé ne s'arrête pas à la porte de l'hôpital », rappelle Martine Deprez. Outre HPPA à Eischen, la maison de retraite de Clervaux, Servior à Niederkorn et la Croix-Rouge à Junglinster proposeront aussi des unités adaptées, pour un total de 36 lits disponibles dès le 1er octobre. Cinq autres dossiers, représentant 30 lits supplémentaires, sont en cours de finalisation, et d'autres candidatures pourront être déposées tout au long du projet. La personne accueillie se verra facturer 75 euros par jour au maximum, une somme incluant notamment la chambre, les repas, le ménage, l'encadrement et les activités. Le reste des frais sera couvert par l'État, pour un budget annuel de 3,2 millions d'euros jusqu'à la fin de 2029.

Méco gegen Vergünstigungen bei Hybrid-Dienstwagen

(ja) – Die Umweltorganisation „Mouvement écologique“ (Méco) stellt sich gegen eine steuerliche Vergünstigung von sogenannten Plug-in-Hybriden als Dienstwagen. In einer Stellungnahme vom vergangenen Montag kritisiert die NGO die geplante steuerliche Begünstigung dieser Fahrzeuggattung. Als „Plug-in-Hybride“ werden Autos bezeichnet, die sowohl einen batterieelektrischen Antrieb als auch einen Verbrennungsmotor haben. Obwohl es so wirkt, als vereinten sie Vorteile beider Technologien, Sparsamkeit und Reichweite, haben sie vor allem durch das zusätzlich benötigte Gewicht große Nachteile. Die CO₂-Angaben der Hersteller waren oft sehr niedrig, neue Untersuchungen kommen jedoch zum Schluss, dass die Emissionen in der Realität viel höher sind und es kaum Vorteile zu einem Verbrenner gibt. Die letzten fünf Jahre wurden Plug-in-Hybride in Luxemburg als Dienstwagen nicht steuerlich begünstigt, doch die Regierung will das nun ändern. Sie will nur besonders sparsame Modelle fördern und sieht die Fahrzeuge als „Brückentechnologie“ zur Dekarbonisierung. Der Méco hingegen sieht keinen Grund, diese „CO₂-Schleudern“ steuerlich zu fördern. Stattdessen solle die Regierung weiterhin reine Elektrofahrzeuge bezuschussen. Über die Hälfte der Automobilflotte Luxemburgs besteht aus Dienstwagen.